Google Germany GmbH
Unter den Linden 14
10117 Berlin
Germany

Google

Bundesministerium des Innern
Cornelia Rogall-Grothe
Staatssekretärin
Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik

Alt-Moabit 101D
10559 Berlin

- vorab per E-Mail bzw. Fax-Nr. 030-186811135 -

Berlin, 25. August 2013

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 9. August sowie auf das Schreiben Ihres Hauses vom 25. Juli 2013. Ich erlaube mir im Folgenden, die Beantwortung beider Schreiben zu verbinden.

1) Zum Schreiben vom 25. Juli

Gegen die Herausgabe des bezeichneten Antwortschreibens vom Juni 2013 bestehen seitens unseres Hauses keinerlei Bedenken. Wir möchten Sie darüber hinaus bitten, dem Antragsteller zusammen mit dem antragsgegenständlichen Schreiben zur Aktualisierung des Sachverhalts zugleich unsere untenstehende Antwort zu Ihrer Anfrage vom 9. August zukommen zu lassen.

2) Zum Schreiben vom 9. August

Ergänzend zu den Ausführungen im Schreiben vom Juni 2013 verweise ich auf die seit unserem Schreiben ergriffenen Maßnahmen und getätigten Äußerungen der Google Inc.:

Die Ihrem Schreiben vom 11. Juni zugrundeliegenden Behauptungen der Medien hat die Google Inc. im Nachgang zu unserem Schreiben bereits dem Grunde nach wiederholt entschieden zurückgewiesen, in Deutschland insbesondere durch einen Gastbeitrag des Rechtsvorstandes der Google Inc., David Drummond, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/gastbeitrag-von-david-drummond-gleichgewicht-zwischen-sicherheit-und-buergerrechten-12272710.html) vom 5. Juli 2013 (siehe Anlage).

Am 11. Juli 2013 hat die Google Inc. einen offenen Brief an US Staatsanwalt Eric Holder und FBI Direktor Robert Mueller veröffentlicht. In diesem wurde erbeten, es der Google Inc. zu

Sitz und Registergericht: Hamburg, Amtsgericht Hamburg HRB 86891
Geschäftsführer: Graham Law, Christine Elizabeth Flores
Steuernummer: 48/725/00206
Umsatzsteuer-ID-Nummer: DE 813741370
Bankverbindung: Commerzbank AG, Kto.-Nr. 9 757 612 00, BLZ 500 800 00

ermöglichen, aggregierte Daten zu Ersuchen in Bezug auf Nationale Sicherheit - einschließlich der FISA Ersuchen – veröffentlichen zu dürfen. Diese Veröffentlichung sollte sich zumindest auf die Anzahl der Anfragen sowie ihren jeweiligen Umfang (Anzahl der Nutzer oder Nutzerkonten, die angefragt wurden) beziehen dürfen. Diese Zahlen würden, wie bereits im Schreiben vom Juni 2013 ausgeführt, klar belegen, dass schon der Umfang der Befolgung rechtmäßiger Ersuchen durch Google deutlich geringer ist, als es die derzeitige Diskussion nahelegt.

Am 18. Juli 2013 hat die Google Inc. zudem eine Klage beim US Federal Intelligence Surveillance Court eingereicht. Ziel dieser Klage ist es, aggregierte Daten zu Ersuchen in Bezug auf Nationale Sicherheit - einschließlich FISA Ersuchen – separat im Google Transparency Report (siehe http://www.google.com/transparencyreport) veröffentlichen zu dürfen. Die Klageschrift wurde veröffentlicht und findet sich hier: http://apps.washingtonpost.com/g/page/business/googles-motion-for-declaratory-judgment/238/ . Eine Entscheidung hierzu liegt noch nicht vor.

Gerne stehen wir in dieser Sache weiterhin für Rückfragen und Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Jan Kottmann
Leiter Medienpolitik
Google Germany GmbH

Anlage: Gastbeitrag David Drummond in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Kopie

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

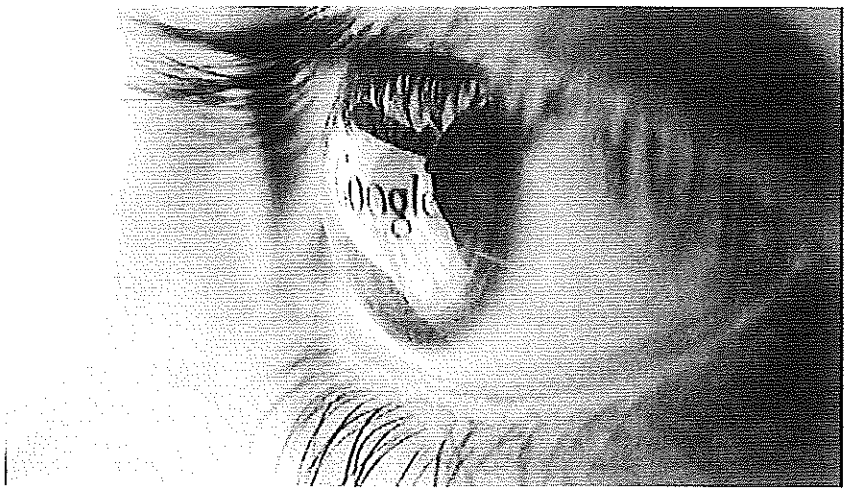
Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft

Gastbeitrag von David Drummond

Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Bürgerrechten

05.07.2013 · Google ruft die Staaten zu mehr Offenheit im Umgang mit ihren Aktivitäten zur Überwachung des Telefon- und Internetverkehrs auf. Ausdrücklich lobt David Drummond, der Rechtsvorstand von Google, in einem F.A.Z.-Gastbeitrag die Arbeit der deutschen Bundesnetzagentur.

Artikel



© DPA

Google lobt Deutschland für Transparenz bei Überwachung

In der vergangenen Woche haben wir auf der Google Startseite den 130. Geburtstag von Franz Kafka gefeiert. In Anbetracht des kafkaesken Ausmaßes, das die aktuellen Anschuldigungen bezüglich der Überwachung unserer Netzwerke durch die amerikanischen Behörden derzeit angenommen hat, kam diese Würdigung zum passenden Zeitpunkt.

Lassen Sie mich mit drei wichtigen Fakten über Google und unseren Umgang mit Auskunftsersuchen von Behörden zu den Daten unserer Nutzer beginnen. Erstens: Wir haben uns weder Prism noch irgendeinem anderen staatlichen Überwachungsprogramm angeschlossen. Bis zu den Enthüllungen in der Presse im vergangenen Monat hatten wir noch nie von Prism gehört.

Weitere Artikel

Die Suchmaschine Altavista wird abgeschaltet
Wer hält Google auf? Ein Hilferuf aus San Francisco
Leistungsschutzrecht: Verlage sagen ja zu Google News

Zweitens: Wir geben keiner Regierung, auch nicht der amerikanischen Regierung, Zugriff auf unsere Systeme. Und wir erlauben Regierungen auch nicht die Installation von Ausrüstung in unseren Netzwerken oder auf unserem Gelände, mit deren Hilfe sie Zugriff auf Nutzerdaten erlangen. Es gibt keine „Hintertür", „Seitentür" oder

„versteckte Tür". Natürlich haben uns verschiedene Regierungen, darunter auch europäische, über die Jahre vorgeschlagen, Überwachungsgeräte in unseren Netzwerken zu installieren. Dies hat Google stets verweigert.

Drittens: Wir geben Nutzerdaten ausschließlich in Übereinstimmung mit dem Gesetz an staatliche Behörden weiter. Unsere Rechtsabteilung prüft jedes Ersuchen und geht bei der Prüfung der Details geradezu pedantisch vor, sodass Ersuchen häufig abgelehnt werden, wenn es lediglich um das breite Abgreifen von Daten zu gehen scheint oder das vorgeschriebene Verfahren nicht eingehalten wird. Wenn Google Nutzerdaten herausgibt, dann überträgt Google diese an die Behörden. Keine Regierung hat die Möglichkeit, auf Daten direkt von unseren Servern oder aus unseren Netzwerken zuzugreifen.

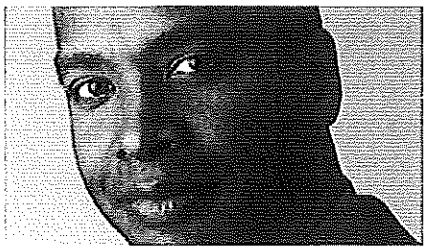
Fehlende Aufklärung über Art der Überwachung

Die gute Nachricht ist, dass die Vorwürfe eine ernsthafte und breite Debatte über die Notwendigkeit eines besseren Gleichgewichts zwischen Bürgerrechten und nationaler Sicherheit angestoßen haben. Das ist besonders wichtig, denn die fehlende Aufklärung über die Art der Überwachung in demokratischen Ländern untergräbt die von den meisten ihrer Bürger hoch geschätzte Freiheit.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien beispielsweise gibt es Gerichte, vor denen Belange der nationalen Sicherheit hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Neueste Presseberichte deuten darauf hin, dass der französische Nachrichtendienst landesweit Metadaten über Telefon- und Internetkommunikation erfasst. Und die Regierung der Niederlande hofft auf die Verabschiedung eines Gesetzes, dass das Hacking privater Daten von solchen Personen durch die Polizei erlaubt, die schwerer Verbrechen verdächtig sind.

Seit 2010 tun wir alles erdenklich Mögliche

Niemand bezweifelt die realen Bedrohungen, denen Staaten heutzutage ausgesetzt sind. Natürlich haben sie die Pflicht, ihre Bürger zu schützen. Ungeklärt ist jedoch, warum sowohl die Art als auch der Umfang von Überwachungsmaßnahmen durch verschiedene Staaten so unbedingt geheim gehalten werden. So wird beispielsweise Unternehmen generell verboten, über bestimmte Arten von Anträgen in Bezug auf die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu sprechen, und niemand weiß, wie viele Menschen in den einzelnen Ländern tatsächlich betroffen sind.



© PRIVAT

David Drummond ist Chief Legal Officer von Google

Für mehr Transparenz tun wir seit 2010 alles erdenklich Mögliche. Damals haben wir erstmals die Anzahl von Auskunftsersuchen mit strafrechtlichem Hintergrund zu Nutzerdaten durch die Vereinigten Staaten sowie durch andere Staaten aus der ganzen Welt (einschließlich Deutschland) offen gelegt. Und dieses Jahr haben wir dank einer Einigung mit der amerikanischen Regierung begonnen, Informationen über Auskunftsersuche des FBI (National Security Letters) zu veröffentlichen.

Zugriff auf Millionen Verizon-Gesprächsdaten

Damit erhält das FBI Informationen, mit denen die Kunden von Telefon- und Internetunternehmen identifiziert werden können. Googles Veröffentlichung dieser zuvor „geheimen" Informationen scheint keine negativen Folgen gehabt zu haben. Das zeigt, dass Transparenz durchaus dem öffentlichen Interesse dienen kann, ohne die nationale Sicherheit zu gefährden.

Deshalb haben wir vor kurzem in den Vereinigten Staaten beantragt, auch Informationen über andere Ersuchen auf Basis der nationalen Sicherheit, wie zum Beispiel Ersuchen im Rahmen des Fisa (Foreign Intelligence Surveillance Act), veröffentlichen zu dürfen. Dieses Gesetz erregte in den vergangenen Wochen sehr viel Aufmerksamkeit, da es, durchgesickerten geheimen Dokumenten zufolge, der amerikanischen Regierung Zugriff auf die Gesprächsdaten von Millionen Verizon-Kunden verschaffte. Wenn Google diese Zahlen frei veröffentlichen dürfte, würden sie zeigen, dass wir von den amerikanischen Gesetzen zur nationalen Sicherheit in wesentlich geringerem Umfang betroffen sind, als es die Anschuldigungen in der Presse vermuten lassen. Insgesamt ist nur ein verschwindend geringer Teil unserer vielen hundert Millionen Nutzer Ziel von Regierungsanfragen .

Noch mehr Staaten mit größerer Transparenz

Aber Transparenz sollte sich nicht nur auf Unternehmen beschränken. Auch Staaten sollten in Bezug auf den Umfang, in dem sie ihre Befugnisse zur Überwachung anwenden, wesentlich offener sein. In Deutschland bietet beispielsweise die Bundesnetzagentur wesentlich mehr Transparenz als die entsprechenden Einrichtungen in den meisten anderen Ländern. Gemäß dem Jahresbericht von 2011 sind 250 verschiedene deutsche Behörden befugt, an 140 Unternehmen Auskunftsersuchen über Nutzerdaten zu richten.

Allein 2011 hat die Bundesnetzagentur im Namen der Behörden 34 Millionen Anfragen zu Nutzerdaten an diese Unternehmen gerichtet. Wir hoffen, dass sich in Zukunft noch mehr Staaten für größere Transparenz entscheiden werden. Dies würde dabei helfen, das richtige Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Bürger und ihren Rechten als Bürger zu finden - denn beides sind Pflichten der Regierung. Das sind schwierige Fragen, aber sie sind die Basis für das Funktionieren einer freien Gesellschaft.

Quelle: F.A.Z.
Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2013
Alle Rechte vorbehalten.